

# 75 Jahre Kampf für Demokratie und bessere Arbeitsbedingungen

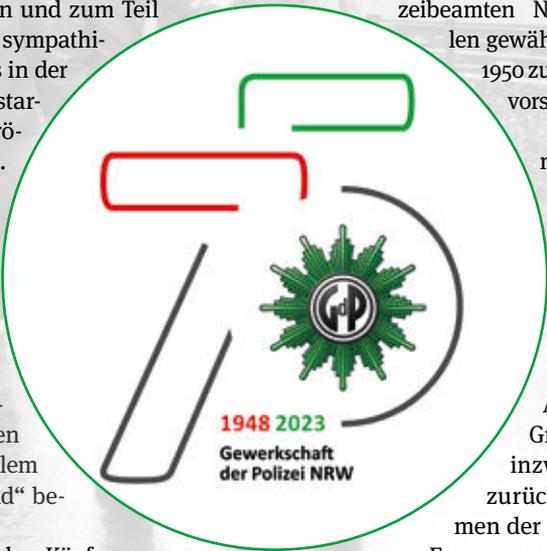
22. Juli 1948: 202 Vertreter aus örtlichen Polizeiverbänden aus ganz NRW gründen im Haus Wagner in Düsseldorf-Benrath den „Bund der Polizeibeamten Nordrhein-Westfalen“. Vorausgegangen waren langwierige Verhandlungen mit der britischen Besatzungsmacht. Denn auch drei Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs war das Misstrauen der Alliierten gegen jede Art von organisatorischem Zusammenschluss von Polizisten noch immer groß: Zu tief war dafür die Verstrickung der Polizei in das Terrorsystem der Nationalsozialisten. Im Sommer 1948 durften sich die Polizisten in NRW deshalb zwar zu einem landesweit tätigen Verband zusammenschließen, aber die Rechte der neuen Gewerkschaft blieben zunächst auf die sozialen Belange der Mitglieder beschränkt. Politisch betätigen durfte sich der Bund der Polizeibeamten nicht. Trotzdem: Ein Anfang war gemacht. Auch in den anderen Ländern der britischen Besatzungszone und in Westberlin kommt es nach und nach zur Gründung von Polizeibünden. Zwei Jahre später, am 14. September 1950, schließen sie sich in Hamburg zur Gewerkschaft der Polizei zusammen. Dass sich die Polizisten in der frühen Nachkriegszeit überhaupt organisieren durften, ist auch den führenden Köp-

fen der neuen Gewerkschaft zu verdanken. Auch wenn zwischen 1933 und 1945 viele Polizisten den Nationalsozialisten keinen Widerstand entgegenseetzten und zum Teil sogar offen mit ihnen sympathisierten, gab es bereits in der Weimarer Republik starke demokratische Strömungen in der Polizei. Das galt vor allem für den 1933 von den Nationalsozialisten aufgelösten „Verband Preußischer Polizeibeamter“, der in der Öffentlichkeit nach seinem langjährigen Vorsitzenden Ernst Schrader vor allem als „Schrader-Verband“ bekannt war.

Einer ihrer führenden Köpfe war der Wuppertaler Polizeibeamte Fritz Schulte. Schulte wurde unmittelbar nach der Machtergreifung Hitlers nicht nur aus dem Dienst entfernt, sondern von Oktober 1933 bis Februar 1934 in einem Konzentrationslager inhaftiert. Nach dem Ende der NS-Diktatur wurde Fritz

Schulte wieder in den Polizeidienst aufgenommen. Drei Jahre später, im Juli 1948, wurde er zum ersten Vorsitzenden des Bund der Polizeibeamten Nordrhein-Westfalen gewählt, im September 1950 zum ersten Bundesvorsitzenden der GdP.

Mit seinem demokratischen, nach Gerechtigkeit strebenden Grundverständnis prägt Fritz Schulte bis heute die Arbeit der GdP. Auch wenn die Gründung der GdP inzwischen 75 Jahre zurückliegt: Die Themen der Gründungsväter – Frauen wurden erst in den 1980er-Jahren zum uniformierten Polizeidienst zugelassen – waren schon damals die selben, die die GdP auch noch heute bewegen: der Einsatz für eine demokratische Gesellschaft, für faire Arbeitsbedingungen und eine gute Bezahlung bei der Polizei. ■



## Ziele, Stationen, Erfolge

Ein Blick zurück nach vorn auf das bislang Erreichte und auf die künftigen Aufgaben der GdP

In den ersten Nachkriegsjahren war die öffentliche Sicherheit Aufgabe der Besatzungsmächte. Erst als sie an ihre Grenzen geriet, wurden auch Deutsche als Polizisten eingestellt. Zunächst auf lokaler Ebene, ab Oktober 1953 auf der Landesebene.

Befugnisse, Ausrüstung und Bezahlung der Polizisten waren anfangs schlecht. Die Verbesserung der sozialen Lage der Polizisten war deshalb von Anfang an das zentrale Thema der GdP – und sie ist es bis heu-

te geblieben. Trotz aller über die Jahrzehnte durchgesetzten Verbesserungen.

Durch ihre klare Position gewann die GdP schnell an Zulauf: 1949 zählt der Bund der Polizeibeamten Nordrhein-Westfalen bereits 18 000 Mitglieder, 1952 sind es 25 000. Parallel mit der steigenden Mitgliederzahl erzielt die GdP ihre ersten Erfolge: Am 1. April 1951 werden in NRW die Gehälter der Polizisten um 20 Prozent erhöht. Zwei Jahre später kommen weitere 20 Prozent hinzu. 1956 wird das allgemeine Grundgehalt erneut aufgestockt,

das Kindergeld erhöht und der Stellenplan aufgestockt.

Auch auf der politischen Ebene kann die GdP in den Fünfzigerjahren viel bewegen: Sie erkämpft für die Polizisten das Recht, für ihre Forderungen auf die Straße gehen zu dürfen. Mit dem Inkrafttreten des Landespersonalvertretungsgesetzes dürfen seit 1958 auch Polizisten Personalräte wählen.

Die Arbeit der Personalräte wird schnell zu einem zentralen Handlungsfeld der GdP. Immer wieder gelingt es ihr, die Personalratswahlen zu gewinnen. Eine Entwicklung die bis heute anhält: Bei der letzten Personalratswahl – im Mai 2021 – erreicht die GdP sogar einen historischen Wahlsieg: In allen örtlichen Personalräten in den Kreispolizeibehörden, in den drei Landesoberbehörden und beim Hauptpersonalrat der Polizei kann die GdP die Mehrheit der Sitze gewinnen. Seitdem ist ganz NRW grün.



## Kampf gegen die Militarisierung der Polizei

Nach der Überwindung der größten sozialen Not rückt in den Sechzigerjahren ein weiteres Thema in den Mittelpunkt der GdP-Arbeit: der Kampf gegen die Militarisierung der Polizei. 1961 legt die GdP Verfassungsbeschwerde gegen die geplante Einführung von Explosionsmitteln als Polizeiwaffe ein. 1962 verhindert sie, dass der Polizei im Kriegsfall der Objektschutz übertragen wird. Auch die Einführung einer Polizeidienstpflicht als Alternative zur Wehrpflicht kann von ihr verhindert werden. 1968, auf dem Höhepunkt der Studentenbewegung, setzt die GdP zudem durch, dass die Polizei im Notstandsfall keine militärischen Aufgaben übernehmen muss. Sie

schreibt damit maßgeblich ein Stück der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland mit: Militär und Polizei bleiben getrennt.

## Arbeitskämpfe sind nicht die Stunde der Polizei

Im Kaiserreich, aber auch in der Weimarer Republik hatten Unternehmer und konservative Politiker die Erwartung, dass die Polizei Streiks und Demonstrationen verhindern und notfalls mit Gewalt niederschlagen soll. Mit der Verabschiedung des Grundgesetzes ändert sich das, denn im Grundgesetz wird nicht nur das Recht der Beschäftigten garantiert, für höhere Tarifföhne zu streiken, sondern auch das Recht aller Menschen, jederzeit für die eigene Meinung auf die Straße zu

gehen. Trotzdem fordern konservative Politiker bis in die Siebzigerjahre hinein, dass die Polizei bei Streiks einschreiten und die vermeintlichen Rädelsführer festnehmen soll.

Die GdP hält dagegen und pocht darauf, dass sich die Polizei in politischen Auseinandersetzungen neutral verhalten muss. „Der Arbeitskampf ist die Stunde der Tarifvertragsparteien, nicht die Stunde der Polizei“, erklärt die GdP.

1978 veröffentlicht der Landesbezirk NRW seine berühmt gewordenen Leitsätze zum Arbeitskampf: „Streikfähigkeit hat Grundrechtsqualität. Polizeiliche Maßnahmen richten sich nie gegen den Arbeitskampf. Für die Polizei gilt das Gebot der Neutralität“, heißt es dort. Mit den Leitsätzen schreibt die GdP erneut Geschichte. Ihre Grundposition findet später Eingang in die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts.

# Auf das Erreichte können wir stolz sein



Gewerkschaften kämpfen für gute Arbeitsbedingungen, hohe Einkommen und verlässliche Aufstiegschancen. Das gilt auch für die GdP. Vieles, was uns heute selbstverständlich erscheint, würde es ohne das große Engagement unserer Kolleginnen und Kollegen, die sich seit Jahrzehnten in der GdP engagieren, heute nicht geben. Die Abschaffung des mittleren Dienstes, die freie Heilfürsorge und die Ruhegehaltfähigkeit der Polizeizulage, der

Trend zu höherer Eingruppierung im Tarifbereich – all das wurde uns nicht geschenkt, sondern wir haben es gegen harte Widerstände durchgesetzt. Auf das seit der Gründung vor 75 Jahren von der GdP Erreichte können wir deshalb zu Recht stolz sein.

Ausruhen auf unseren Erfolgen können wir uns trotzdem nicht. Denn zur Ehrlichkeit gehört auch: Bei den Arbeitsbedingungen, der Bezahlung, den Aufstiegschancen bei der Polizei gibt es noch immer

viel Luft nach oben – allen in der Vergangenheit von uns erkämpften Verbesserungen zum Trotz. Das gilt erst recht in der heutigen Zeit, in der die Politik einmal mehr versucht, die Lasten der Krise auf die Beschäftigten abzuwälzen. Auch im öffentlichen Dienst.

Der Kampf für bessere Arbeitsbedingungen wird deshalb auch in den kommenden Jahrzehnten das zentrale Ziel der GdP sein.

Aber die GdP hatte immer mehr im Blick. Seit ihrer Gründung ging es uns immer auch um die Ausrichtung der Polizei. Dass wir in Deutschland eine Polizei haben, die nicht der verlängerte Arm der Bundeswehr ist, dass wir eine bürgernahe Polizei haben, die für die Menschen da ist, und dass jeder für seine politische Meinung auf die Straße gehen kann, ohne Repressalien befürchten zu müssen, ist auch der GdP zu verdanken.

Der Einsatz für eine bürgernahe, demokratische Polizei hat die GdP von Anfang an geprägt. Das ist der zweite Auftrag, den wir von unseren Gründern geerbt haben. Auch das wird die Arbeit der GdP in den kommenden Jahrzehnten prägen.

**Michael Mertens,**  
**Landesvorsitzender**



## Auf jeden Streifenwagen gehört ein Kommissar

Allen Verbesserungen zum Trotz: Bis weit in die Siebzigerjahre hinein bleiben die Arbeitsbedingungen und die soziale Situation der Polizisten unbefriedigend. Immer wieder gehen in NRW Tausende von Polizisten auf die Straße.

1970 legt der Landesbezirk unter dem Titel „Polizei Notruf“ ein umfangreiches Positionspapier vor. Die Kernforderungen lauten: Die Führungsstrukturen bei der Polizei müssen demokratisiert, der bislang vorherrschende Formaldrill in der Polizeiausbildung muss abgeschafft und die Bezahlung der Polizisten muss nachhaltig verbessert werden.

Mitte der Siebzigerjahre legt die GdP nach und fordert die Einführung der zweigeteilten Laufbahn aus gehobenem und höherem Dienst. Der mittlere Dienst soll abgeschafft

werden. „Auf jeden Streifenwagen gehört ein Kommissar!“ lautet die griffige Formel. Eine Forderung, die die GdP am Ende auch durchsetzen wird.

1976 erfolgt der erste Schritt: Nachwuchspolizisten können seitdem über ein Fachhochschulstudium direkt in den gehobenen Polizeidienst eingestellt werden. Der GdP reicht das aber nicht: Sie fordert, dass auch lebensältere Kollegen in den gehobenen Dienst aufsteigen können, und geht für diese Forderung in den nächsten Jahren immer wieder auf die Straße. Mit Erfolg: 1992 legt die Landesregierung ein Gutachten der Unternehmensberatungsfirma Kienbaum vor. Danach sind die Anforderungen an den Polizeiberuf derart gestiegen, dass eine Eingruppierung im mittleren Dienst nicht mehr gerechtfertigt ist. Drei Jahre später kündigt der damalige Innenminister Herbert Schnoor (SPD) eine gigantische Beförderungswelle bei der Polizei an. Ab 2002 wird in NRW nur noch für den gehobenen Dienst ausgebildet.

## Eine Männerbastion fällt

Die Polizei ist immer auch ein Spiegelbild der Gesellschaft. Trotzdem sollte es bis 1982 dauern, bis endlich auch Frauen bei der Schutzpolizei arbeiten dürfen: 73 Anwärtinnen beginnen am 1. Oktober ihre Ausbildung als Polizeikommissarin. Bis dahin gab es Frauen nur bei der weiblichen Kriminalpolizei und im Tarfbereich.

Anfangs haben die jungen Kolleginnen einen schweren Stand bei ihren männlichen Kollegen, bis sich herumgesprochen hat, dass Frauen die Polizei positiv verändern. Heute sind übrigens 40 Prozent der Kommissaranwärterinnen und -anwärter Frauen. In Führungsfunktionen der Polizei sind sie dagegen nach wie vor unterrepräsentiert.

## Herber Rückschlag: Verlängerung der Arbeitszeit auf 41 Stunden

Gewerkschaftliche Erfolge müssen immer wieder neu erkämpft werden. Dieses alte Erkenntnis muss kurz nach der Jahrtausendwende auch die GdP machen: Um den Landeshaushalt zu sanieren, erhöht 2003 die damalige Landesregierung unter Ministerpräsident Peer Steinbrück (SPD) die Wochenarbeitszeit der Beamtinnen und Beamten auf 41 Stunden. Auch für die Polizei. Gleichzeitig wird die Pensionsgrenze um zwei Jahre nach hinten verschoben.

Angeblieh soll die Verlängerung der Wochenarbeitszeit nur auf Zeit gelten, zur Schließung eines vorübergehend bestehenden Haushaltslochs, aber sie gilt bis heute. Trotz zahlreicher inzwischen erfolgter Regierungswechsel. Schlimmer noch: Weil durch die einseitige Arbeitsverlängerung plötzlich mehr Arbeitsstunden bei der Polizei vorhanden waren, reduziert die Landesregierung 2003 die Zahl der Neueinstellungen drastisch. Von 1 090 Anwärtinnen und Anwärtern auf nur noch 500. Eine Fehlentscheidung, der in NRW mehr als 2 000 Stellen zum Opfer fallen werden.

Erst 2008 unter Jürgen Rüttgers (CDU) als Ministerpräsident steigt die Zahl der Neueinstellungen wieder auf 1 100. Unter Hannelore Kraft (SPD) wird sie dann erst auf 1 400, dann auf 1 920 erhöht und unter Armin Laschet (CDU) auf 2 500. In diesem Jahr will die jetzige Landesregierung unter Hendrik Wüst (CDU) sogar 3 000 Nachwuchspolizisten einstellen.

## Wer andere schützt, darf nicht schutzlos sein

7. Januar 2015: Bei einem Terroranschlag auf die Mitarbeiter der Satirezeitschrift Charlie Hebdo töten islamistische Terroristen mitten





in Paris 17 Menschen. Auch Deutschland steht im Fadenkreuz der Terroristen. Am 19. Dezember 2016 steuert der Islamist Anis Amri einen Lkw in eine Menschengruppe auf dem Berliner Weihnachtsmarkt. Elf Menschen sterben.

Wegen der neuen Terrorbedrohung ändert die Polizei ihr Sicherheitskon-

## Stimme und Gesicht der GdP: die Vorsitzenden

Gewerkschaftsarbeit ist immer die Arbeit vieler politisch aktiver Mitglieder. Trotzdem kommt dem Vorsitzenden eine besondere Rolle zu: Er ist das Gesicht und die Stimme der GdP nach außen.

Neun Vorsitzende haben bislang an der Spitze des Landesbezirks NRW gestanden:

<b>Fritz Schulte</b>	1948–1955
<b>Werner Kuhlmann</b>	1956–1971
<b>Klaus Schlicht</b>	1971–1975
<b>Günter Schröder</b>	1975–1987
<b>Klaus Steffenhagen</b>	1987–1997
<b>Werner Swienty</b>	1997–2005
<b>Frank Richter</b>	2005–2012
<b>Arnold Plickert</b>	2012–2018
<b>Michael Mertens</b>	seit 2018



zept: Die Einsatzkräfte, die bei einem Anschlag als erste vor Ort sind, warten nicht auf das Eintreffen von Spezialkräften, sondern gehen sofort gegen die Attentäter vor. Die GdP trägt die neue Einsatzstrategie mit, fordert aber, dass die Polizisten eine bessere Schutzausrüstung bekommen. Daraufhin werden nicht nur bessere Schutzwesten angeschafft, sondern auch ein neuer ballistischer Schutzhelm, der einem Beschuss mit Langwaffen standhält.

Die GdP knüpft damit an einen bereits 20 Jahre zuvor erreichten Erfolg an: Immer wieder hatte die GdP gefordert, dass die Polizisten eine Unterziehweste bekommen, die gegen einen Angriff mit einer Stichwaffe und gegen Pistolenschüsse schützt. Nach den Polizistenmorden von Waltrop und Dortmund lenkt das Innenministerium endlich ein und die Unterziehweste kommt. Zwei Beispiele von vielen, die zeigen, wie viel die GdP in den letzten 75 Jahren für den Schutz der Polizistinnen und Polizisten erreicht hat.

### Smartphone und Laptop halten Einzug

Smartphones und Laptops waren bei der Polizei lange Zeit unbekannt. Selbst Verkehrsunfälle wurden bis weit in die 2010er-Jahre hinein noch auf Papier erfasst, um die Daten anschließend in den PC einzugeben. Für die GdP ist das unnütze Doppelarbeit. Immer

wieder fordert sie, die Arbeit bei der Polizei zu digitalisieren.

Im April 2019 ist es endlich so weit: In NRW werden 20 000 Smartphones für die Polizei angeschafft. Weitere 20 000 sollten folgen – ausgestattet mit einer ganzen Reihe von Polizei-Apps, mit der sich nicht nur Unfallskizzen erstellen, sondern online auch Personenüberprüfungen und Kfz-Abfragen durchführen lassen. Auch die Verlagerung des eigenen Arbeitsplatzes ins Homeoffice ist seit dem Beginn der 2020er-Jahre plötzlich kein Tabu mehr. Alles Forderungen, für die die GdP lange gekämpft hat.

### Faire Bezahlung, faire Aufstiegschancen – die Forderung bleibt aktuell

Vieles hat sich in den vergangenen sieben-einhalb Jahrzehnten bei der Polizei zum Besseren entwickelt. Aber es gab auch Verschlechterungen. Vor allem bei der Arbeitszeit, den Zulagen und den Aufstiegschancen. Das weiß auch die Politik: 2018 verspricht die damalige schwarz-gelbe Landesregierung eine Attraktivitätsoffensive für den öffentlichen Dienst, doch sie liefert nicht. Weder werden die bereits seit 20 Jahren eingefrorenen Zulagen erhöht, noch wird die Eingruppierung an die gewachsenen Anforderungen angepasst. Auch die 41-Stunden-Woche für die Beamten scheint wie in Beton gegossen zu sein. Das einzige, was CDU und FDP dazu eingefallen ist, ist das Angebot an die Beamtinnen und Beamten, ihre Arbeitszeit freiwillig um weitere drei Stunden zu erhöhen, auf 44 Stunden. Für die GdP ein absolutes Unding.

Seit Sommer 2021 gibt es eine neue Landesregierung, diesmal aus CDU und Grünen. Auch sie verspricht eine Attraktivitätsoffensive für den öffentlichen Dienst. Konkrete Angebote hat sie bislang allerdings nicht auf den Tisch gelegt. Auch hier ist noch viel zu tun. ■

### Festveranstaltung im Apollo

Große Ereignisse werfen ihren Schatten voraus: Für den 24. April hat die GdP Spitzenvertreter der Polizei und der Politik zu einem Festakt in das Düsseldorfer Apollo-Theater eingeladen. Ministerpräsident Hendrik Wüst, Innenminister Herbert Reul, die DGB-Landesvorsitzende Anja Weber und der GdP-Bundsvorsitzende Jochen Kopelke werden zu den Gästen reden. Mit dabei sind auch viele ehrenamtlich aktive Mitglieder.

**VERKEHRSunFALLBILANZ:**

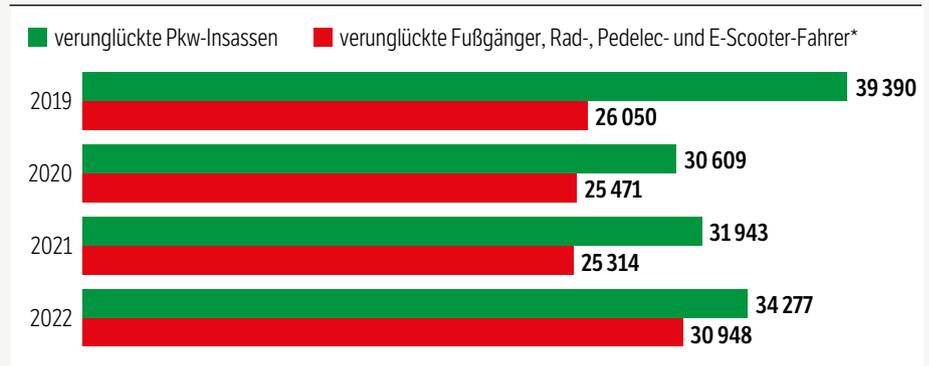
## Tote und Schwerverletzte wieder auf Vor-Corona-Niveau

609 662 Verkehrsunfälle hat die Polizei im vergangenen Jahr in NRW aufgenommen. Fast 30 000 mehr als 2021, aber immerhin 50 000 weniger als 2019, dem letzten Vor-Corona-Jahr. Ein Grund zur Entspannung ist das nicht. Denn mit fast 78 000 Verletzten hat die Zahl der Verkehrstopfer im vergangenen Jahr wieder das Vor-Corona-Niveau erreicht – obwohl noch immer weniger Autos unterwegs sind. Auch die Zahl der Verkehrstoten liegt mit 452 exakt da, wo sie 2019 schon einmal lag. Trotz der immer sicherer werdenden Autos.

Dass die Zahl der Verletzten und getöteten Verkehrsteilnehmer nicht zurückgeht, liegt auch daran, dass immer mehr Menschen zu Fuß, mit dem Fahrrad, Pedelec oder E-Scooter unterwegs sind. Auf sie entfallen inzwischen fast 40 Prozent aller Verunglückten. Der Grund:

## 40 Prozent der Verunglückten sind schwächere Verkehrsteilnehmer

77 524 Menschen wurden im vergangenen Jahr in NRW im Straßenverkehr verletzt. 40 Prozent von ihnen waren als Fußgänger, mit dem Fahrrad, Pedelec oder E-Scooter unterwegs. In 2019, dem letzten Vor-Corona-Jahr, lag der Anteil der Verletzten schwächeren Verkehrsteilnehmer noch bei einem Drittel.



\* einschließlich der übrigen Elektrokraftfahrzeuge  
Quelle: Innenministerium NRW, Verkehrsunfallbilanz 2022



Das Straßensystem ist auf die Verkehrswende überhaupt nicht vorbereitet. Wird es eng, geht das fast immer zulasten der schwächsten Verkehrsteilnehmer. Selbst Unfallschwerpunkte werden nicht umgebaut, weil den Kommunen und dem Land dazu das Geld fehlt.

Die GdP fordert deshalb, dass die Verkehrssicherheitsarbeit nicht nur einen höheren Stellenwert in der Polizei bekommt, sondern auch an das veränderte Mobilitätsverhalten anpasst wird. „Wir brauchen mehr Verkehrskontrollen an den Stellen, wo unterschiedliche Verkehrs-

teilnehmer aufeinandertreffen, und wir müssen mehr Verkehrsteilnehmer anhalten, um sie auf ihr Fehlverhalten aufmerksam zu machen“, sagte der stellvertretende Landesvorsitzende Heiko Müller gegenüber den Medien. „Ein Radarwagen reicht im komplexen Verkehrsgeschehen in den Städten einfach nicht.“

Zudem fordert die GdP neue Regeln für E-Scooter und für Pedelecs. Für E-Scooter muss die Höchstgeschwindigkeit auf 15 km/h begrenzt werden. Und für Pedelecs muss das Tragen eines Helms verpflichtend werden. ■

## Zweitstellige Zuwachsraten

Im vergangenen Jahr wurden in NRW 1,3 Millionen Straftaten von der Polizei verfolgt und damit nicht nur deutlich mehr als im Jahr zuvor, sondern auch mehr als vor der Corona-Zeit. Der Trend einer immer stärker zurückgehenden Kriminalität, auf die Innenminister Herbert Reul (CDU) Jahr für Jahr bei der Vorstellung der Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) verweisen konnte, ist erst einmal gebrochen. Damit daraus kein Dauertrend wird, ist ein gezieltes Gegensteuern gefordert. Und ein klares Konzept.

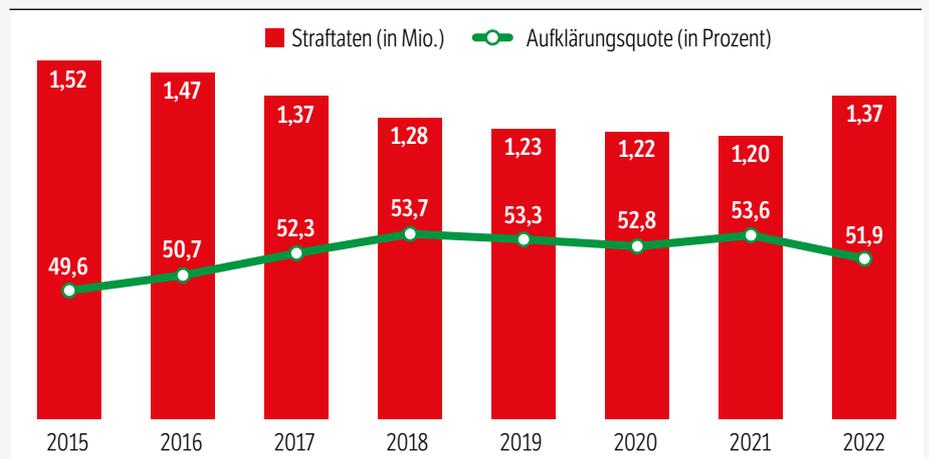
Den Journalisten, die den Innenminister nach den Gründen für den Anstieg gefragt haben, sagte Reul, dass die Polizei in einzelnen Deliktfeldern inzwischen genauer hinsehen würde, vor allem beim sexuellen Missbrauch von Kindern, und dass die Bürger Straftaten jetzt auch online anzeigen können. Aus Sicht der GdP reicht das als Erklärung nicht. „Zweistellige Zuwachsraten bei den im öffentlichen Raum begangenen Straftaten sind mehr als ein Alarmsignal“, betont GdP-Landesvorsitzender Michael Mertens. Auch

der Wiederanstieg bei den Wohnungseinbrüchen und die Zunahme der Internetkriminali-

tät seien zu erwarten gewesen. Entscheidend sei deshalb, wie die Polizei ihre begrenzten Ressourcen auf die veränderte Situation ausrichtet. Vier Maßnahmen sind dabei aus Sicht der GdP vorrangig:

## Kriminalität höher als vor der Corona-Delle

Nach Jahren des kontinuierlichen Rückgangs ist die Kriminalität in NRW im vergangenen Jahr deutlich gestiegen. Weit über den Corona-Effekt von 2020 und 2021 hinaus, als weniger Straftaten begangen wurden, weil weniger Menschen unterwegs waren. Gleichzeitig ist die Aufklärungsquote auf 51,9 Prozent gesunken.



Quelle: Landeskriminalamt NRW, Polizeiliche Kriminalstatistik 2022





- Erstens muss der personelle Wiederaufbau der Polizei beschleunigt werden. Dass die Polizei viele Straftaten nur noch verwaltet, nicht aber verfolgt, ist nicht hinnehmbar. Deshalb müssen die aktuellen Probleme bei der Nachwuchsgewinnung für die Polizei umgehend überwunden werden. Auch durch bessere Arbeitsbedingungen und eine bessere Bezahlung.
- Zweitens zeigt der massive Anstieg der im öffentlichen Raum begangenen Straftaten, dass die Kriminalität nur dann erfolgreich bekämpft werden kann, wenn die Polizei als Ganzes handelt. „Wir brauchen nicht nur eine Stärkung der Kommissariate, sondern auch der Wachen und eine größere Präsenz auf der Straße“, fordert der GdP-Vorsitzende.
- Drittens muss die Politik endlich entscheiden, auf welche Kriminalitätsfelder die Polizei ihre knappen Ressourcen konzentrieren soll. Ohne eine Aufgabenkritik und einen periodischen Sicherheitsbericht als fundierte Entscheidungsgrundlage geht das nicht.
- Auch bei der massiv gestiegenen Zahl von Straftaten, die von Kindern verübt werden, muss dringend etwas passieren. Gefordert ist dabei aber nicht nur die Polizei. ■



## Die GdP gratuliert

### 90. Geburtstag

- 1.4. Ewald Bach, Bonn
- 2.4. Horst Fittje, Telgte
- 8.4. Anita Kowalski, Witten
- 15.4. Walter Landgraf, Gladbeck
- 25.4. Günter Bendix, Essen
- 29.4. Helga Thiel, Castrop-Rauxel

### 91. Geburtstag

- 7.4. Elisabeth Jahns, Monheim
- 13.4. Ursula Krüger, Dormagen
- 24.4. Werner Reiter, Netphen
- 26.4. Paul Köllner, Bochum
- 29.4. Wolfhard Schwank, Recklinghausen
- 30.4. Hildegard Kansy, Paderborn

### 92. Geburtstag

- 8.4. Willi Nolte, Essen
- 9.4. Waltraud Lingstädt, Unna
- 10.4. Marga Tegethoff, Kassel
- 26.4. Gertrud Zosel, Köln

# GdP verlost Eintrittskarten für die Ruhrfestspiele

Schon mehr als ein Jahr Krieg in Europa, der Kampf der mutigen Frauen im Iran und in Afghanistan, der Klimawandel, das Leid nach dem verheerenden Erdbeben in der Türkei und Syrien, wachsender gesellschaftlicher Druck hierzulande ... Es gibt so viel, was Menschen in diesen politisch unruhigen Zeiten bewegt. Unter dem Motto „Rage und Respekt“ setzen sich die Ruhrfestspiele 2023 damit auseinander. Am 1. Mai hebt sich in Recklinghausen und Marl der Vorhang für sechs Wochen voller Theater und Tanz, Kabarett, Akrobatik, Literatur und bildender Kunst.

Mit 90 Produktionen und 300 Veranstaltungen ist die 77. Spielzeit der Ruhrfestspiele prall gefüllt. Der hohe künstlerische wie auch politische Anspruch kennzeichnet das vom DGB mitgetragene Festival seit jeher. „Kunst kann die Herausforderungen der Welt alleine nicht lösen, aber Teil der Lösung sein“, ist Intendant Olaf Kröck überzeugt. Kunst könne



solidarisch sein, Raum für Begegnung und respektvolles Miteinander schaffen.

650 Künstlerinnen und Künstler aus aller Welt wirken mit. Mit dabei sind viele prominente und sehr prominente Namen: Isabella Rossellini etwa präsentiert „Darwin's Smile“. Mit dem integrativen RambaZamba-Theater zeigt Lean-

### 93. Geburtstag

- 10.4. Gerhard Kohnert, Hückelhoven
- 14.4. Hugo Hopp, Mülheim
- 23.4. Ursula Pulwer, Bochum
- 26.4. Gerhard Fiedler, Düren  
Kurt Krüger, Kleve

### 95. Geburtstag

- 13.4. Rudolf Hackeneis, Lisberg  
Agnes Vonderbank, Heinsberg

### 97. Geburtstag

- 9.4. Irmgard Badura, Haan
- 14.4. Agnes Dewitt, Düren
- 23.4. Charlotte Schindler, Oberhausen
- 28.4. Ingeborg Quabeck, Essen

**Der Geschäftsführende Landesbezirksvorstand der GdP wünscht allen Jubilaren alles Gute und recht viel Gesundheit.**

### DP – Deutsche Polizei

Nordrhein-Westfalen  
ISSN 0170-6462

#### Geschäftsstelle

Gudastraße 5–7, 40625 Düsseldorf  
Telefon (0211) 29101-0  
Telefax (0211) 29101-46  
www.gdp-nrw.de  
info@gdp-nrw.de

Adressänderung:  
mitgliederverwaltung@gdp-nrw.de

#### Redaktion

Stephan Hegger (V.i.S.d.P.)  
Holger Dumke  
Uschi Barrenberg  
Telefon (0211) 29101-32  
stephan.hegger@gdp-nrw.de

**Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe ist der 4. April.**

# Einfach mal abtauchen!

**Buchen Sie Ihren Sommerurlaub  
in dem Reisebüro, in dem sich  
Ihre GdP-Mitgliedschaft für Sie auszahlt.**



**GdP Reiseservice  
Telefon 0211 - 291 01 60  
[www.gdp.reisen](http://www.gdp.reisen)**



## Glücksnummern des Monats

Die Gewinner im April erhalten einen OSG-Gutschein im Wert von 35 Euro.

45 16456, Bonn  
45 42494, Hagen  
45 15790, Bielefeld

der Haußmann „Einer flog über das Kuckucksnest“. Unter anderem Wladimir Kammer und Fritz Haberlandt lesen. Matthias Brandt ist in der Wort-Musik-Collage „Die Bergwerke zu Falun“ zu erleben, Angela Winkler beim musikalisch-literarischen Abend „Brecht im Spiegel“.

Die GdP verlost für drei Aufführungen der diesjährigen Ruhrfestspiele jeweils einmal zwei Eintrittskarten:

- „Drive Your Plow Over the Bones of the Dead“ von Complicité am 5. Mai, 20:00 Uhr: ein Stück über Aktivismus, das Verhältnis zur Natur und toxische Männlichkeit nach dem Roman der polnischen Literaturnobelpreisträgerin Olga Tokarczuk.

– „Gregarious“ von der Soon Circus Company am 26. Mai, 20:00 Uhr: eine humorig-akrobatische Zirkusshow mit textilen Grüßen an die bekleidungstechnisch unerreichten 80er-Jahre.

– „Novelle“, gelesen von Schauspieler Devid Striesow am 4. Juni, 11:15 Uhr: eine legendenhafte Jagdgeschichte von Johann Wolfgang von Goethe.



Foto: Jostyn Ligtvoet/Ruhrfestspiele

Wer an der Verlosung teilnehmen will, schreibt seine Wunsch- und eine Alternativvorstellung auf eine Karte und schickt diese an die GdP NRW, Pressestelle, Stichwort Ruhrfestspiele, Gudastraße 5-7, 40625 Düsseldorf. Die

Karte muss bis zum 10. April eingegangen sein, der Rechtsweg ist ausgeschlossen. Eine Mail an [presse@gdp-nrw.de](mailto:presse@gdp-nrw.de) ist alternativ möglich. ■

Anzeige

## Marianne Funke GmbH & Co. KG

May-Eyth-Straße 47  
46149 Oberhausen  
Tel. 02 08/74 04 99 39  
Fax 02 08/59 88 68



## Senioren aktuell

### Kreisgruppe Oberberg

27. April 2023, 18:00 Uhr, Stammtisch in Gummersbach-Dieringhausen, Hohler Str. 18, Gaststätte „Zum Hohl“, u. a. Besprechung der zweitägigen Fahrradtour in der 25. KW

### Kreisgruppe Olpe

20. April 2023, 14:15 Uhr, Seniorenkaffee auf der MS Biggensee, Olpe-Sondern an der Schiffsanlegestelle. Die Teilnahme ist kostenlos, Anmeldungen bitte an [gdp-olpe@web.de](mailto:gdp-olpe@web.de) oder Tel.: (02761) 9269-2050 oder -4100.

## Nachrufe

Dieter Braun	23.11.1954	Aachen	Armin Hüsken	13.01.1936	Gütersloh
Norbert Kordewiner	02.08.1959	Aachen	Ute Meurer	13.01.1940	Heinsberg
Werner Roth	15.11.1932	Aachen	Klaus Wortmann	16.11.1958	Herford
Alfred Baudisch	08.07.1936	Bergisches Land	Elisabeth Pawlak	16.11.1930	Köln, Krefeld
Ernst Berchtold	10.11.1938	Bergisches Land	Jürgen Müllers	12.01.1948	Lippe
Erika Späth	09.11.1936	Bochum	Ursula Rüter	02.08.1936	Minden-Lübbecke
Heinz Frerks	11.12.1934	Bochum	Frank Ritter	08.07.1962	Neuss
Peter Gilleßen	21.04.1944	Borken	Helmut Ossig	25.08.1934	Paderborn
Monika Bertelsbeck	25.08.1949	Coesfeld	Klaus Pächer	25.06.1942	Recklinghausen
Horst Klein	02.04.1934	Dortmund	Gerd Dieter	25.07.1943	Recklinghausen
Manfred Gesell	27.07.1939	Düren	Buckmann		
Wilfried Prick	15.03.1948	Düren	Winfried Walter	15.04.1932	Recklinghausen
Rüdiger Wruck	13.01.1951	Essen/Mülheim	Johann Odenthal	13.01.1925	Rhein-Erft-Kreis
Siegfried Podbevsek	25.11.1951	Essen/Mülheim	Ingo Grube	12.10.1950	Rheinisch-Bergischer Kreis
Harald Jungmann	27.04.1941	Gütersloh	Anne Peters	20.11.1956	Siegburg
Anna Mertin	06.10.1926	Gütersloh	Manfred Ferdinand	08.06.1951	Soest